

# Bauernbund Brandenburg



Liebe Berufskollegen,

die Herbstsaaten sind gut aufgegangen und wir können beruhigt in den Winter gehen. Berufspolitisch dagegen ist der Winter die Zeit, in der wir richtig Gas geben können – und müssen, denn aus den personellen Veränderungen in der Landespolitik ergeben sich möglicherweise neue Perspektiven, unsere Anliegen voranzubringen, so ernüchternd die Fortsetzung der rot-roten Koalition auf den ersten Blick auch sein mag. Auf unserem Herbsttreffen am 26. Oktober im Fläming, wo wir auf den Betrieben von Christian Schulze

und Ulrich Kobusch zu Gast waren, haben wir ein erstes Arbeitsprogramm besprechen können: Ganz oben steht die Stärkung ortsansässiger Landwirte gegen auswärtige Kapitalanleger – zum Beispiel durch eine Modifizierung des Grundstücksverkehrsgesetzes. Hier muss es nach anderthalb Jahren Problemdiskussionen und Rechtsgutachten endlich Fortschritte geben. Unser nachfolgendes Schreiben an die Landtagsabgeordneten des Agrarausschusses, das auch in der Presse lebhaften Widerhall gefunden hat, legt noch einmal den Finger in die Wunde. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Abkehr vom obrigkeitsstaatlichen Naturschutz. Vor allem in der FFH-Managementplanung und der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie spielten die Belange der Grundstückseigentümer und Landnutzer in den vergangenen fünf Jahren überhaupt keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle. Die Rückkehr des Landesumweltamtes unter das Dach des Landwirtschaftsministeriums ist aus unserer Sicht der richtige Anlass, hier eine dringend notwendige Kurskorrektur vorzunehmen.

Diese und andere Themen wollen wir auf unserer Hauptversammlung am 13. Februar mit den Spitzen der brandenburgischen Landespolitik diskutieren. Diesmal nicht in Falkenrehde, sondern im Landgasthof "Summter Storch". Merkt Euch den Termin bitte schonmal vor, eine gesonderte Einladung kommt natürlich noch. Frohe besinnliche Weihnachtstage wünscht Euch

Euer Karsten Jennerjahn

## Ortsansässige Landwirte stärken – Schreiben des Bauernbundes an die Landtagsabgeordneten des Agrarausschusses

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit begrüßen wir Sie herzlich als Mitglied des Ausschusses für ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landtags Brandenburg in seiner sechsten Wahlperiode und wünschen Ihnen eine erfolgreiche Arbeit zum Wohle des Landes. Eines der wichtigen Themen, das in der fünften Wahlperiode nicht zum Abschluss gebracht werden konnte, ist die Stärkung ortsansässiger Landwirte gegen auswärtige Kapitalanleger. Dazu hat der Landtag 2013 eine Arbeitsgruppe Bodenmarkt eingerichtet, an der wir mitwirken durften, und 2014 den Parlamentarischen Beratungsdienst mit einem Rechtsgutachten beauftragt, das Ihnen demnächst vorgelegt wird.

Da die Probleme drängen, wünschen wir uns nunmehr eine zügige Weiterbearbeitung des Themas im Landtag. Ich schicke Ihnen deshalb als Anlage 1 unseren Vorschlag in der Arbeitsgruppe Bodenmarkt, der leider nur unzureichend in den Ergebnisbericht eingeflossen ist. Um Ihnen die Dimension der Landnahme durch Agrarinvestoren zu verdeutlichen, schicke ich Ihnen als Anlage 2 eine Aufstellung, die wir nach den Angaben unserer Mitglieder erstmals im Januar 2013 angefertigt und veröffentlicht und nun vor wenigen Wochen umfassend aktualisiert haben. Sie belegt, dass sich in Brandenburg inzwischen mindestens 111.800 Hektar und damit die Größenordnung eines ganzen Landkreises im Besitz auswärtiger Kapitalanleger befinden. Eine Recherche der jeweiligen Firmierungen und Anteile sowie der exakten Betriebsgrößen hat nicht stattgefunden – die ungefähre Größenordnung und regionale Verteilung zeigt auch ohne wissenschaftliche Exaktheit das Ausmaß dieser Entwicklung.

Hinsichtlich der Bewertung sei zunächst darauf verwiesen, dass es sich dabei fünfzig Jahre nach dem "Sozialistischen Frühling" um einen zweiten grundstürzenden Wandel der ostdeutschen Agrarstruktur handelt. Wurde 1960 die bei weitem überwiegende bäuerliche Landwirtschaft zerschlagen zugunsten einer kollektivierten Landwirtschaft – die nach 1990 aufgrund politischer Begünstigung der ehemaligen LPG-Leitungskader strukturell konserviert wurde – so geht mit deren derzeitigem Verkauf an auswärtige Kapitalanleger der letzte Bezug der Landwirtschaft zu den Dörfern verloren. Gewinne, die in der einzigen unmittelbar mit dem strukturschwachen ländlichen Raum verbundenen Branche erwirtschaftet werden, fließen aus ihm heraus und schwächen ihn zusätzlich.

Wir legen Wert darauf, dass wir keine Schwarz-Weiß-Malerei betreiben wollen. Viele Defizite des ländlichen Raums in Ostdeutschland sind bereits in den gigantischen Agrarstrukturen angelegt, so die geringe Wertschöpfungstiefe und der Trend zu beschäftigungsextensiven, industriellen Produktionsverfahren. Auch gibt es durchaus einige Beispiele für auswärtige Kapitalanleger, die sich für das Dorf engagieren, in denen ihr Agrarbetrieb liegt, die beschäftigungsintensiv und umweltschonend arbeiten. Und wenn die PR-Abteilung einer großen Hamburger Holding der Geschäftsführung rät, wieder einen Scheck auf einen Kindergarten in der Prignitz auszustellen, ist das sicher etwas anderes, als wenn der westfälische Eigentümer eines uckermärkischen Agrarbetriebes aus persönlichem Verantwortungsbewusstsein das Kichendach seines Dorfes neu decken lässt. Es gibt nette auswärtige Kapitalanleger und es gibt höchst unfreundliche ortsansässige Landwirte, darum geht es aber nicht. Entscheidend ist, dass jedes Investment selbstverständlich den Zweck dient, eine Rendite zu erbringen, und dass die Rendite auswärtiger Kapitalanleger, milde Gaben ausgenommen, selbstverständlich in der Wirtschaftskraft des ländlichen Raumes fehlt. Ortsansässige Landwirte investieren, konsumieren und engagieren sich zugunsten ihrer Region in weitaus größerem Umfang als auswärtige Kapitalanleger – nicht, weil sie bessere Menschen wären, sondern in erster Linie aus ganz praktischen bzw. eigennützigen Erwägungen heraus, die sich zwanglos aus ihrem Lebensmittelpunkt in der Region ergeben.

Des weiteren legen wir Wert darauf, dass wir mit unserem Vorschlag nicht die Agrardebatte Groß versus Klein neu beleben wollen. Vielmehr ist unser Vorschlag von vornherein so formuliert, dass bäuerliche Familienbetriebe und Agrargenossenschaften absolut gleichberechtigt behandelt werden – natürlich nur, sofern sie sich im Eigentum ortsansässiger Landwirte befinden.

In der Vergangenheit ist es interessierten Kreisen immer wieder gelungen, das Thema zu verschleppen oder zu vernebeln. Lassen Sie sich bitte nicht beirren und packen Sie die Herausforderung mit frischer Kraft an! Wo wir Sie dabei unterstützen können, wollen wir das gerne tun.

Mit freundlichen Grüßen Reinhard Jung, Geschäftsführer

### **Anlage 1: Vorschlag Bauernbund für die Arbeitsgruppe Bodenmarkt**

Dieser Vorschlag ist veröffentlicht im Rundbrief vom Dezember 2013 und auch zu finden im Internet unter [www.bauernbund-brandenburg.de/index.php/aktivitaeten/22-grundstuecksverkehr](http://www.bauernbund-brandenburg.de/index.php/aktivitaeten/22-grundstuecksverkehr)

## Anlage 2: Agrarinvestoren in Brandenburg

### Auswärtige Kapitalanleger in Brandenburgs Landwirtschaft – eine grobe Übersicht, zusammengestellt nach Angaben und Hinweisen der Mitglieder des Bauernbundes Brandenburg

#### ODEGA: ca. 18.000 Hektar in Brandenburg

unbekannte Eigentümer / Agrarbetriebe in 16792 Badingen (OHV), 16775 Güldenhof (OHV), 16230 Grüntal (BAR), 16356 Schönfeld (BAR), 16307 Staffelde (UCK), 15306 Sachsendorf (MOL), 15320 Neuhardenberg (MOL), 15324 Groß Neuendorf (MOL), 15324 Letschin (MOL), 15324 Kienitz (MOL), 15328 Golzow (MOL), 15328 Rathstock (MOL), 15328 Alt Tucheband (MOL), 15328 Reitwein (MOL) und 15345 Prötzel (MOL).

#### KTG Agrar: ca. 17.100 Hektar in Brandenburg

Börsennotiertes Agrarunternehmen für Finanzanleger mit Sitz in Hamburg / Internet: ktg-agrar.de / Agrarbetriebe in 16949 Putlitz (PR), 16515 Papenbruch (OPR), 16909 Herzsprung (OPR), 16818 Wuthenow (OPR), 16515 Oranienburg (OHV), 16515 Germendorf (OHV), 15306 Marxdorf (MOL), 15306 Sietzing (MOL), 15306 Falkenhagen (MOL), 15326 Podelzig (MOL), 15377 Waldsiedersdorf (MOL), 03229 Altdöbern (OSL), 03229 Schöllnitz (OSL), 14913 Hohenseefeld (TF), 14913 Nonnendorf (TF), 14822 Linthe (PM) und 14776 Gollwitz (BRB) / weitere Agrarbetriebe in Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern sowie in Litauen.

#### Lindhorst-Holding: ca. 15.200 Hektar in Brandenburg

Immobilien- und Altenpflegeunternehmer mit Sitz in Winsen an der Aller in Niedersachsen / Internet: lindhorst-gruppe.de / Agrarbetriebe in 16909 Dossow (OPR), 16868 Wusterhausen (OPR), 16868 Bantikow (OPR), 16244 Finowfurt (BAR), 16278 Schöneberg (UCK), 16269 Schulzendorf (MOL), 15345 Reichenow (MOL), 14827 Wiesenburg (PM), 14715 Stechow (HVL) und 14728 Rhinow (HVL) / weitere Agrarbetriebe in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern.

#### Steinhoff-Holding: ca. 8.600 Hektar in Brandenburg

Möbelhersteller und -händler mit Sitz in Westerstede in Niedersachsen / Internet: steinhoff-moebel.de / Agrarbetriebe in 17268 Gerswalde (UCK), 14913 Niedergörsdorf (TF), 14947 Nuthe-Urstromtal (TF) und 14927 Wiesenburg (PM) / weitere Agrarbetriebe in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern.

#### Overmaas-Holding: ca. 8.200 Hektar in Brandenburg

Kommanditgesellschaft mit finanziellem Hintergrund in Raalte in den Niederlanden / Agrarbetriebe in 16321 Birkholz (BAR), 16348 Klosterfelde (BAR), 16356 Seefeld (BAR) und 03099 Kolkwitz (SPN).

#### Vrieling-Holding: ca. 7.200 Hektar in Brandenburg

Kommanditgesellschaft mit finanziellem Hintergrund in Schoonebeek in den Niederlanden / Agrarbetriebe in 15831 Jühnsdorf (TF), 14532 Schenkenhorst (PM) und 12529 Selchow (LDS) / weiterer Agrarbetrieb in Mecklenburg-Vorpommern.

#### Kunibert Ruhe: ca. 5.000 Hektar in Brandenburg

ehemaliger Biogas-Bauunternehmer mit Sitz in Bakum in Niedersachsen / Internet: ruhe-agrar.de / Agrarbetriebe in 16866 Vehlow (PR), 16866 Rüdow (OPR) und 17291 Parmen (UCK) / weitere Agrarbetriebe in Niedersachsen.

#### Claus Sauter: ca. 4.400 Hektar in Brandenburg

Biokraftstoff-Hersteller mit Sitz in Zörbig in Sachsen-Anhalt / Internet: verbio.de / Agrarbetriebe in 16818 Radensleben (OPR) und 15898 Coschen (SPN).

Bert Lund, Jörgen Törnes: ca. 3.600 Hektar in Brandenburg

Agrarunternehmer aus Südjütland in Dänemark / Agrarbetriebe in 16928 Seefeld (PR) und 16303 Vierraden (UCK).

Karl-Hubert Stollenwerk: ca. 3.000 Hektar in Brandenburg

Konservenfabrikant mit Sitz in Kerpen in Nordrhein-Westfalen / Internet: stollenwerk-konserven.de / Agrarbetriebe in 16306 Luckow (UCK), 16278 Frauenhagen (UCK) und 16278 Mark Landin (UCK).

Johannes T. W. M. Arts: ca. 2.800 Hektar in Brandenburg

Agrarunternehmer mit Sitz in St. Anthonius in den Niederlanden / Agrarbetriebe in 16352 Schönerlinde (BAR) und 16845 Joachimshof (OPR).

Heinrich Aryus-Hiepass: ca. 2.600 Hektar in Brandenburg:

Insolvenzverwalter mit Sitz in Rees in Nordrhein-Westfalen / Internet: aryus-gmbh.de / Agrarbetriebe in 14476 Uetz (P), 14621 Paaren im Glien (HVL) und 14641 Nauen (HVL).

Emsland-Stärke: ca. 2.400 Hektar in Brandenburg:

Kartoffelverarbeitungs-Unternehmen mit Sitz in Emlichheim in Niedersachsen / Internet: emsland-group.de / Agrarbetriebe in 16866 Wutike (OPR) und 16866 Demerthin (OPR).

Helmut Bohnhorst: ca. 2.400 Hektar in Brandenburg

Landhändler mit Sitz in Steimbke in Niedersachsen / Agrarbetrieb in 14558 Saarmund (PM).

Dr. Christian Olearius, Joachim Olearius: ca. 2.300 ha in Brandenburg

Privatbankiers mit Sitz in Hamburg / Internet: mmwarburg.de / Agrarbetriebe in 17291 Schwaneberg (UCK) und 16278 Pinnow (UCK).

Dorothea Melzl, Josef Melzl: ca. 1.700 Hektar in Brandenburg

ehemalige Bootsbaun-Unternehmer mit Sitz in Grabenstätt in Bayern / Internet: ativo-beteiligungen.de / Agrarbetriebe in 14715 Bahnitz (HVL) und 14774 Plaue (BRB) / weitere Agrarbetriebe in Sachsen-Anhalt.

Jaqueline Kettelhack, Peter Kettelhack: ca. 1.700 ha in Brandenburg

Hotel- und Immobilienunternehmer mit Sitz in Borken in Nordrhein-Westfalen / Agrarbetrieb in 17291 Potzlow (UCK).

Werner Hölscher, Peter Leuschner: ca. 1.600 ha in Brandenburg

Stalleinrichtungs-Hersteller mit Sitz in Emsbüren in Niedersachsen / Internet: hl-agrar.de / Agrarbetrieb in 16928 Groß Langerwisch (PR).

Dr. Uwe Reinert, Dr. Hans-Jürgen Hüscher, Thomas Schmitz: ca. 1.600 Hektar in Brandenburg

Rechtsanwalt mit Sitz in Freiburg in Baden-Württemberg, Kaufleute mit Sitz in Tönisvorst und Oberhausen in Nordrhein-Westfalen / Agrarbetrieb in 01945 Biehlen (EE).

Thomas Philipps: ca. 1.400 ha in Brandenburg

Restposten-Händler mit Sitz in Bissendorf in Niedersachsen / Internet: thomas-philipps.de / Agrarbetriebe in 16247 Neugrimnitz (BAR) und 16247 Althüttendorf (BAR).

Alexander Osterhuber, Patricia Osterhuber-Schlag: ca. 1.000 Hektar in Brandenburg

Getreidehändler mit Sitz in Eurasburg in Bayern / Agrarbetrieb in 04924 Oschätzchen (EE) / weitere Agrarbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern.

*Die Liste ist natürlich nicht vollständig. Weitere Hinweise zu Eigentümern, Betriebsstandorten und ungefährender Hektargröße aus vertrauenswürdiger Quelle bitte an die Geschäftsstelle 038791-80200.*

## **Die Bäume werden nicht in den Himmel wachsen**

### **Grußwort unseres Präsidenten Karsten Jennerjahn auf dem Brandenburgischen Landesimkertag am 19. Oktober 2014 in Schönwalde-Glien**

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Reiner,

als Bauer und Imker bin ich gern zum Landesimkertag gekommen und wünsche der Veranstaltung ein gutes Gelingen. Bauern und Imker arbeiten beide in und mit der Natur. Allerdings, in der öffentlichen Meinung, sind die Imker die Guten und wir Bauern sind allzuoft die Schlechten, schuld am Elend dieser Welt.

Wir haben die Landschaft verändert und spritzen Pestizide – keiner spricht von Pflanzenschutzmitteln. Wir sind schuld daran, dass im Wald die falschen Bäume stehen, obwohl wir diese gar nicht gepflanzt haben. Wir sind schuld daran, dass auf den Feldern keine Kartoffeln stehen, weil die Leute lieber Pizza essen. Wir sind schuld an den ausgeräumten Landschaften, obwohl seit 25 Jahren nichts mehr ausgeräumt wird – außer in der Lausitz durch Vattenfall. Wir besitzen die Frechheit, Pflanzen anzubauen, für die es einen Markt gibt, und nicht solche, die keiner kaufen will. Das machen wir auf 45 Prozent der Fläche Brandenburgs. Ackerbau machen wir auf nur 35 Prozent der Fläche, zehn Prozent davon sogar ökologisch. Auf lediglich fünf Prozent der Fläche Brandenburgs wächst Raps – darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen, denn das Beizverbot mit Neonikotinoiden und die Einschränkungen im Pflanzenschutz belasten doch sehr die Rentabilität des Rapsanbaus.

Und nun mal ehrlich – sollen wir damit wirklich an den Problemen der Imkerei schuld sein? Ich kann es mir kaum vorstellen. Es ist ja wohl ein bisschen unlogisch zu argumentieren, dass wir einerseits zu wenige Völker für die Bestäubung haben und andererseits mehr Fläche für die Bienen brauchen. Wir haben doch jetzt bereits mit 100 Hektar pro Volk zehnmal soviel wie zur Wende. Davon wiegesagt 35 Hektar Acker beziehungsweise 5 Hektar Ökofläche.

Und jetzt bin ich wieder Imker. Wir wollen am liebsten 100 Kilo Honig ernten. Wir haben unsere Völker hochgezüchtet, auf Leistung getrimmt und in Große Beuten gesteckt. Die Leistungssteigerung bei den Bienen ist größer als bei den Milchkühen – und die ist schon gigantisch und mit genug Problemen behaftet. Trotzdem werden wir beide, Bauern und Imker, vermutlich weiter nach höheren Leistungen streben, aber zum Glück: Auch in Zukunft werden die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Dankeschön für Ihre Aufmerksamkeit.

## **Das Thema Tierwohl führt in die Irre**

### **Redebeitrag unseres Vorstandsmitglieds Reinhard Benke auf der Dialogveranstaltung der Landesregierung zur Tierhaltung am 20. Oktober 2014 in Neuseddin**

Zur Diskussion über Massentierhaltung in Brandenburg gibt es zwei Aspekte, die gerne durcheinandergebracht werden: Die Frage nach dem Tierwohl und die Frage nach der Agrarstruktur.

Das Thema Tierwohl führt unserer Meinung nach in die Irre: Selbsternannte Tierschützer wollen uns vorschreiben, wie wir Tiere zu halten haben und haben dabei oftmals sehr praxisferne Vorstellungen. Der Bauernverband nimmt diesen Ball dankbar auf, um dann zu behaupten, Tierwohl hätte nichts mit der Größe der Ställe zu tun, größere Ställe seien im Gegenteil häufig besonders tiergerecht. Wir vertreten dazu eine grundsätzlich andere Auffassung: Das Tierwohl sollte dem Bauern überlassen werden, der die Tiere hält. Der Bauer will Leistung von seinen Tieren – also wird er dafür sorgen, dass sie sich so wohl fühlen, dass sie diese Leistung bringen. Wenn der Verbraucher mehr Tierwohl will, kann er dafür Geld ausgeben. Es gibt gut eingeführte Siegel von den ökologischen Anbauverbänden und von Neuland, die besonders hohe und zugleich praxistaugliche Anforderungen an die Tierhaltung stellen. Aus unserer Sicht gibt es hier keinen Handlungsbedarf.

Beim Thema Agrarstruktur stellen wir allerdings mit Sorge fest, dass in Brandenburg immer mehr überdimensionierte Tierproduktionsanlagen entstehen, die von der Bevölkerung nicht akzeptiert werden – und zwar von ganz normalen Dorfbewohnern, die sie nicht in ihrer Nachbarschaft haben wollen. Auch wir sehen diese gigantischen Anlagen kritisch, weil sie die Agrarstruktur negativ verändern. Wir vertreten daher die Auffassung, dass das baurechtliche Privileg für die Landwirtschaft, Ställe im Außenbereich zu bauen, auf Bauvorhaben beschränkt werden sollte, die unterhalb der Grenzen für Umweltverträglichkeitsprüfung und Emmissionsschutzgutachten liegen. Und zwar unabhängig davon, ob die Betreiber nun gewerblich oder landwirtschaftlich sind. Anträge für größere Tierproduktionsanlagen dagegen sollten grundsätzlich über die Bauleitplanung durch die Gemeinde entschieden werden. Für Altanlagen sollte es Bestandsschutz geben.



Wir fordern die Landesregierung auf, 1. im Bundesrat aktiv zu werden, um eine entsprechende Änderung des Baugesetzbuches auf den Weg zu bringen, und 2. ihre Investitionsförderung auf Bauvorhaben unterhalb der Grenzen für Umweltverträglichkeitsprüfung und Emmissionsschutzgutachten zu beschränken statt irgendwelche Tierwohlanforderungen zu stellen.

## **Bauernbund begrüßt schwedische Koalitionsvereinbarung**

**Pressemitteilung vom 3. Oktober 2014**

Der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, begrüßt die Koalitionsvereinbarung der schwedischen Sozialdemokraten und Grünen über Vattenfall, wonach der Staatskonzern seinen Ausbau der Braunkohle-Verstromung in Deutschland stoppen muss. "Wir erwarten, dass Vattenfall umgehend alle Planungen einstellt, weitere Dörfer, Äcker und Wälder in der Lausitz zu vernichten", sagte Marcus Schilka, Bauernbund-Vorstand und Landwirt aus Guhrow im Spreewald. Der Bauernbund wehrt sich seit langem gegen die von der Landesregierung anvisierten Enteignungen und Vertreibungen zugunsten neuer Tagebaue. "Dass man als anständiger Brandenburger auf ausländische Mächte hoffen muss, um sein Menschenrecht auf Heimat und Eigentum zu wahren, bezeugt einen Tiefpunkt politischer Kultur in unserem Land", so Schilka.

## **Bauernpräsidenten bestärken schwedischen Regierungschef**

**Pressemitteilung vom 17. Oktober 2014**

Vier Tage nach den Ministerpräsidenten Brandenburgs und Sachsens haben die Bauernpräsidenten beider Bundesländer sich mit einem Schreiben zum Thema Vattenfall an den neuen schwedischen Regierungschef Stefan Löfven gewandt. Karsten Jennerjahn, Präsident des Bauernbundes Brandenburg, und Roland Freiherr von Fritsch, designierter Präsident des Bauernbundes Sachsen, bestreiten darin die von Woidke und Tillich dargelegte Bedeutung der Braunkohle für die Wirtschaftsstruktur der Lausitz und das Gelingen der Energiewende und versichern Löfven die Unterstützung ihres Berufsstandes für seinen braunkohlekritischen Kurs.



Die von den Ministerpräsidenten angegebene Zahl von 30.000 angeblich von der Braunkohle abhängigen Arbeitsplätzen sei "unseriös hochmanipuliert", zudem werde die Ausbeutung der genehmigten Tagebaue und Landschaftsreparatur noch Jahrzehnte arbeitsplatzwirksam bleiben. Jennerjahn und Fritsch sprechen von einer "Lähmung der Region" durch die Braunkohle-Lobby, die mit der Neuausrichtung von Vattenfall zugunsten eines wirtschaftlichen Aufbruchs beendet werden könne.

"Die Braunkohleverstromung hat in nicht einmal einem Jahrhundert rund ein Viertel der land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche der Lausitz vernichtet, unfruchtbare Kippen und tote Restseen zurückgelassen, auf denen in für Menschen absehbarer Zeit kein produktives Wirtschaften möglich sein wird", kritisieren die Bauernpräsidenten. Auch die Zerstörung der Dörfer und die Entwurzelung ihrer Bewohner sei ein Akt der Barbarei, betonten Jennerjahn und Fritsch und bestärkten Löffen ausdrücklich darin, durch Verzicht auf neue Tagebaue ein geordnetes Auslaufen der Braunkohleverstromung und neue wirtschaftliche Perspektiven für die Lausitz zu ermöglichen.

## Rückenwind aus Schweden: Braunkohle-Gegner feiern Dorffest

Pressemitteilung vom 31. Oktober 2014

Auf einem "Dorffest für Heimat und Zukunft" in dem von der Abaggerung bedrohten Ort Atterwasch bei Guben haben rund 300 Braunkohle-Gegner die Einstellung aller Tagebauplanungen gefordert. Die Kreistagspräsidentin von Spree-Neiße Monika Schulz-Höpfner (CDU), die ehemalige bündnisgrüne Landtagsabgeordnete Sabine Niels und Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung kündigten an, "mit Rückenwind aus Schweden" den Widerstand gegen die "Verwüstung der Lausitz" zu verstärken und vor allem in den Parteien eine Diskussion über den notwendigen Strukturwandel der Region anzuregen.

Der Spremberger Christdemokrat Andreas Kottwitz informierte, dass sich in der CDU bereits eine Initiativgruppe Energiewende gebildet habe. "Die Energiewende ist gesellschaftlicher Konsens über alle Parteigrenzen hinweg, die brandenburgische Landesregierung sollte sich ihr nicht länger entgegenstellen", sagte auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Patzelt aus Oder-Spree. Stephan Hilsberg, Mitgründer der Ost-SPD und früherer Bundestagsabgeordneter aus Lauchhammer, appellierte an seine Partei, sich auf ihre Wurzeln aus der Wendezeit zu besinnen: "Gigantische Umweltzerstörungen waren für uns damals ein Grund, auf die Straße zu gehen – warum sollten wir sie heute akzeptieren?"



Unterstützung erhielten die Braunkohle-Gegner durch den Energieexperten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Professor Christian von Hirschhausen, der unabhängig von der schwedischen Politik ein Auslaufen der Braunkohleverstromung bis 2040 prognostizierte: "Bayern verweigert Stromtrassen für Braunkohlestrom, Nordrhein-Westfalen verkleinert Tagebaue und in der Kapazitätsplanung der Bundesregierung kommen viele Braunkohlekraftwerke überhaupt nicht mehr vor."

Veranstalter des von der Feuerwehr und den örtlichen Landwirtschaftsbetrieben ausgerichteten Dorffestes war das Bündnis Heimat und Zukunft, in dem sich Politiker aller Parteien und Vertreter von Wirtschafts- und Umweltverbänden sowie der Kirche zusammengeschlossen haben, um die Energiewende in Brandenburg durchzusetzen: [www.heimatzukunft.de](http://www.heimatzukunft.de)

## **Bauernbund verteidigt Güllebehälter gegen "technokratische Demenz"**

**Pressemitteilung vom 19. September 2014**

Der Bauernbund Brandenburg, Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, hat an Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt appelliert, die vom Bundesumweltamt geplante Einbeziehung von Behältern für Jauche, Gülle und Sickersäfte in die Bundesverordnung für Industrieanlagen noch zu verhindern. "Es zeugt von fortgeschrittener technokratischer Demenz, wenn natürlicher Dung aus der Landwirtschaft mit gefährlichen Industriegiften gleichgesetzt wird", sagte Bauernbund-Vorstand Lutz-Uwe Kahn, Nebenerwerbslandwirt aus Kleßen im Havelland.

Die damit verbundenen Auflagen, etwa das längerfristige Leerstehen von Behältern für eine Sachverständigenprüfung oder die Nachrüstpflichten für Leckage-Erkennung, seien auf normalen Landwirtschaftsbetrieben nicht umsetzbar, kritisierte Kahn den Verordnungsentwurf. Zudem gebe es bundesweit fast keine Unfälle mit Güllebehältern und definitiv keine dadurch hervorgerufenen nachhaltigen Umweltschäden: "Die Verordnung würde den Tierhaltern völlig sinnlos enorme Mehrkosten aufzwingen und viele kleinere Betriebe zur Aufgabe bewegen."

Besonders erschüttert zeigte sich Kahn darüber, dass die grünen Länderagrarminister im Vorfeld für die Einbeziehung plädiert hatten: "Diejenigen, die sonst am lautesten von bäuerlicher Landwirtschaft tönen, haben hier jämmerlich versagt."

## **Bauernbund verlangt Rücknahme der Stallpflicht für Geflügel**

**Pressemitteilung vom 27. November 2014**

Als "Tierquälerei und Marktberreinigung zulasten der Freilandhalter" hat der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe, die in Teilen des Landes verhängte Stallpflicht für Geflügel kritisiert. Es sei zwar anzuerkennen, dass die Veterinärverwaltung diesmal offensiv einer gesundheitlichen Gefährdung der Verbraucher durch die Vogelgrippe widerspreche. Aus fachlicher Sicht sei die Stallpflicht jedoch "genauso unnötig und unpraktikabel wie vor neun Jahren", sagte Bauernbund-Vorstand Marcus Schilka, Landwirt aus Guhrow im Spreewald: "Die Vogelgrippe, wenn sie denn auftritt, lässt sich mit ganz normalen Methoden der Seuchenbekämpfung wie Tötung betroffener Bestände und Handelsverbote im Umkreis eindämmen." Die Stallpflicht sollte daher umgehend zurückgenommen werden.

## **Gewässerunterhaltungsverbände finanzieren Bauernverband?**

*Nachdem festgestellt wurde, dass einige Gewässerunterhaltungsverbände Mitglied im Bauernverband sind, haben wir alle Verbände angeschrieben und aufgefordert, schriftlich zu erklären, dass eine solche Mitgliedschaft nicht besteht bzw. beendet wurde. Diese ist "durch nichts gerechtfertigt, sondern stellt eine Veruntreuung von Beitragsgeldern dar. Es widerspricht der gesetzlichen Aufgabe der Verbandsbeiräte, wenn ein oder mehrere der im Beirat vertretenen Verbände durch den Gewässerunterhaltungsverband, den sie eigentlich beraten sollen, finanziell unterstützt werden. Eine solche Mitgliedschaft ist zudem ein Vertrauensbruch gegenüber den anderen im Beirat vertretenen Verbänden, zumal ein einzelner Verband ihnen gegenüber ohne Grund bevorteilt wird." Über die Reaktion der Gewässerunterhaltungsverbände werden wir im nächsten Rundbrief berichten.*